

Wien, am Freitag den 10. Mai 1929

Zweite Ausgabe

## W I E N E R G E M E I N D E R A R

Sitzung vom 10. Mai 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17<sup>15</sup> Uhr.

Ohne Debatte werden genehmigt die Ausführung von Wohnhausanlagen X., Puchsbühmplatz (Kosten 200.000 Schilling) II., Wohlmutstrasse (Kosten 550.000 Schilling), des Bauleses Vder Wohnhausanlage XII., Aichholzgasse (Kosten 500.000 Schilling) der Wohnhausanlagen XIII., in der Siedlung Lainz-Speising (190.000 Schilling) VIII., Schlüsselgasse- Wickenburggasse (1,860.000 Schilling) XXI., Josef Baumanngasse (Kosten 1,080.000 Schilling), XIII., Onno Klöppgasse- Cumberlandstrasse. Rupertgasse (Kosten 1, 620.000 Schilling) und des zweiten Teiles der Wohnhausanlage XII., Hohenbergstrasse (Kosten 3,300.000 Schilling); ferner der Ankauf der Häuser Rochauagasse Nummer 3 und 5, des Grundes III., Pfarrhofgasse und von Liegenschaften an der Hernalscher Hauptstrasse und an der Dunklergasse. Ferner werden folgende Subventionen bewilligt. An die Vereinigung Wiener Mediziner 15.000 S, an den Akademischen Verein Wiener Philosophen 15.000 S, an den Verein Abstinenter Frauen in Wien 2.000 S, an den Verein für Jugendberatung 500 Schilling, an die Landesgruppe Wien des Bundes erhaltensamer Erzieher Oesterreichs 500 Schilling, an die Freiwillige Feuerwehr Ybbs a.d.D. 300 Schilling, an die Wiener Frauenakademie und Schule für freie und angewandte Kunst 600 Schilling, an den Künstlerbund Hagen 500 S, an die Zoologisch botanische Gesellschaft 1000 Schilling, Verein Künstlerheim 1000 Schilling, an das Komitee zur Veranstaltung von Gastvorträgen ausländischer Gelehrter 2000 Schilling, an die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft 7500 Schilling, an den Verein Carnuntum 2200 Schilling, an den Oesterreichisch deutschen Volksbund 12000 Schilling, an die Bäuerliche Fortbildungsschule Weixelboden 250 Schilling, an den Verein "Hilfsschule" 500 Schilling und für Herrn Robert Kronfeld zur Weiterführung seiner Studien und Forschungen auf dem Gebiete des Segelfluges 6000 Schilling.

St.R.Tandler berichtet über den Antrag betreffend die Errichtung einer Hauptkampfbahn für das Wiener Stadion nach dem Projekte des Oberbauates Schweizer aus Nürnberg mit dem Kostenaufwand von 4,700.000 Schil-

Es ist eine in sich geschlossene Kampfbahn, deren höchste Höhe aussen gemessen 19 Meter betragen wird. Der Bau ist ein Eisenbetonbau. Die Anlage ist so beschaffen, dass sich der Verkehr der Massen ohne Gefahr wird abspielen können. Der Plan des Oberbaurat Schweizer ist ein ganz ausgezeichneter und genügt den Anforderungen des modernen Sports. G

GR. Pfeiffer (E.L.) bemerkt, dass das Projekt für die Hauptkampfbahn ein gutes zu sein scheine. Für das gesamte Stadion ist ein Betrag von 6 Millionen in Aussicht genommen und da die Errichtung der Hauptkampfbahn allein 4,700.000 Schilling kosten wird, so bleiben für alle übrigen Anlagen im ganzen 1,300.000 Schilling übrig, ein Betrag mit dem das Auslangen kaum wird gefunden werden können. Die Masse der Hauptkampfbahn werden ganz gewaltige sein. Die Kampfbahn wird eine Länge von **236** Metern, eine Breite von 194 Metern und eine Höhe von 19 Metern haben. Wir sind auch einverstanden damit, dass eine Zuschauerzahl von 60.000 angenommen wurde, da eine darüberhinausgehende Zuschauerzahl nur sehr selten vorkommt. Die Frage der Ueberdachung des Stadions unter Anlegung der besten Plätze unter der Ueberdachung ist glücklich gelöst. Es ist ein ausserordentlicher Vorteil, dass das Dach freischwebend gemacht wird dadurch und infolge der ansehnlichen Höhe des Stadions wird auch erreicht werden, dass sowohl die Kampfbahn wie der Zuschauerraum windfrei sein wird. Es handelt sich um eine so gewaltige Anlage, dass der sozialdemokratische Sportverein kaum die Rentabilität des Betriebes sichern wird und es wird daher die Verwaltung sehr objektiv aber auch sachgemäss sein müssen. Der leitende Beamte wird nicht nur etwas vom Sport verstehen sondern auch ein tüchtiger Verwaltungsmann sein müssen. Zum Schlusse hebt GR. Pfeiffer noch einmal hervor, dass das Stadion zwar als Kind der sozialdemokratischen Partei gedacht war, dass es aber nur als eine Einrichtung der gesamten Bevölkerung werden können. (Lebhafter Beifall b.d. E.L.)

GR. Prinke. (E.L.) bemerkt, dass sich das gegenwärtige Projekt sehr wesentlich von den Projekten unterscheidet, die vor einigen Monaten vorgelegt worden sind und es ist erfreulich, dass den Einwendungen der Opposition Rechnung getragen worden ist. Nur werden auch bei diesem Projekt die Verkehrsfrage nicht besonders günstig gelöst. Namentlich wird ein Ausbau der Linie 11 nötig sein. Das Projekt hinsichtlich der Grosskampfbahn ist entsprechend und scheint die beste Lösung zu sein. Nur muss man verlangen, dass die Verwaltung des Stadions eine streng objektive sei und dass alle Parteipolitik bei Vergebung des Stadions ausgeschaltet werde. Wenn sich die Majorität an diese Grundsätze hält, wird das Stadion eine vorbildliche Anstalt werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. R. Tandler teilt im Schlussworte mit, dass das Stadion nicht von der

Gemeinde geführt, die Verwaltung wird vielmehr in die Hände eines Kuratoriums gelegt werden.

Der Antrag wird genehmigt.

St.R. Weber berichtet über die Pläne für eine städtische Wohnhausanlage, die auf dem Alsergrund Ecke Rossauerlände und Pramergasse gebaut werden soll. Die Anlage wird 95 Wohnungen und einige Geschäftslokale umfassen. Die Kosten werden auf 1,490.000 Schilling veranschlagt. Die Pläne wurden vom städtischen Bauamt ausgearbeitet,

GR. Daffinger (E.L.) bemängelt, dass die Gemeinde alte Häuser nicht wegen Baufälligkeit demoliert. Die Bewohner solcher Häuser werden durch die Demolierung sehr hart getroffen. Die Gemeinde gebe wohl diesen Familien andere Wohnungen, aber nicht in dem Bezirk, wo sie 20 bis 40 Jahre wohnen, sondern ganz wo anders. Das werde von den Leuten sehr hart empfunden. In der D'Orsaygasse 6 hat die Gemeinde eine grosse Zahl von Familien demoliert, um das Haus zu demolieren, obwohl in derselben Gasse ein Gemeindebau fertig wurde, hat man die Leute in anderen Bezirken untergebracht. Die Zuteilung der Wohnungen in den städtischen Objekten werde überhaupt sehr parteimässig durchgeführt. Es zahlen wohl alle Mieter Wohnbausteuer, Gemeindewohnungen bekommen aber nur Sozialdemokraten. Die Gemeinde möge doch einmal mehr Menschlichkeit an den Tag legen (Beifall bei der E.L.)

St.R. Weber bemerkt, dass es sich bei dem Hause Pramergasse um ein aus der Zeit Maria Theresias stammendes Objekt handle. Die Reparaturen hätten 40.000 bis 50.000 Schilling erfordert und die Demolierung sei daher aus rein ökonomischen Gründen erfolgt. Ganz unrichtig ist es, dass die Gemeinde bei Räumungen unmenschlich vorgeht. Jede Partei und jeder Geschäftsmann wird untergebracht, natürlich kann aber nicht jeder Wunsch nach einer grösseren Wohnung oder nach einem besseren Geschäftslokal erfüllt werden. Uebrigens ist es ein Widerspruch, wenn sich GR. Daffinger in einem Atem darüber beklagt, dass Anhänger seiner Partei in den Gemeindehäusern nicht untergebracht werden, und gleichzeitig über die Qualität der Wohnungen in denselben Gemeindehäusern sich abfällig äussern. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird genehmigt.

GR. Kohl berichtet über den Ankauf des Hauses III., Baumgasse 29 durch die Gemeinde Wien.

GR. Zimmerl (E.L.) bemerkt, der Antrag enthalte eine Bestimmung, die vom Gemeinderat unmöglich angenommen werden könne. In der Sitzung seien nur sehr wenig amtsführende Stadträte anwesend und vor allem auch nicht der Magistratsdirektor, der eine Aenderung dieser Bestimmung vorschlagen müsste. Es habe daher keinen Sinn in diesem Stadium die Sache zu

besprechen. Er bittet den Vorsitzenden, das Referat zurückzustellen.

Vorsitzender Hofbauer bemerkt, nach der Geschäftsordnung könne das Referat nur vom Bürgermeister von der Tagesordnung abgesetzt werden.

GR. Zimmerl (E.L.) erwidert hierauf, dass <sup>die Verhandlung</sup> der Gegenstand zumindest solange unterbrochen werden müsse, bis der Magistratsdirektor im Hause erschienen sei. Es handelt sich um folgendes: In dem vorliegenden Antrag ist die Bestimmung enthalten, die Verkäuferin erhält zur Zeit der Auszahlung des Kaufpreises vom Kreditverein ein Darlehen von 20.000 Schilling und es werden nun die Konditionen für diesen Kredit genannt. Der Gemeinderat kann nicht beschliessen, dass der Verkäuferin vom Kreditverein ein Darlehen gewährt wird, er kann auch nicht auf die Konditionen des Kreditvereines Einfluss nehmen, er könnte höchstens eine Haftung übernehmen. Der Beschluss wie er hier vorliegt ist ganz unsinnig und kann daher nicht gefasst werden.

St. R. Kokrda bemerkt, der vorliegende Beschluss wolle nichts anderes sagen, als dass unter der Voraussetzung, dass die Verkäuferin einen Kredit vom Kreditverein bekommt, die Gemeinde die Haftung dafür übernimmt. Von einer Einflussnahme auf die Geschäftsführung des Kreditvereines könne keine Rede sein.

GR. Zimmerl (E.L.) bemerkt, St. R. Kokrda hätte Recht, wenn die Frau einen Kredit bereits erhalten hätte, es soll aber beschliessen werden, dass die Frau den Kredit erhält. Das ist nicht möglich (Beifall bei der E.L.)

St. R. Kunschak (E.L.) erklärt, man könne dem Gemeinderat nicht zumuten eine Dummheit und eine Kompetenzüberschreitung zu beschliessen. Der Gemeinderat hat dem Kreditverein nichts dreinzureden, er könnte höchstens eine Garantie übernehmen. Wenn eine andere Formulierung nicht gefunden wird, müsste der Gegenstand zurückgestellt werden (Beifall bei der E.L.)

St. R. Kokrda erklärt, Magistratsdirektor Hartl findet zwar, dass der vorliegende Text des Antrages entspreche, er sei aber bereit, den Wünschen der Opposition entgegenzukommen und schlage daher die Fassung vor: "Die Gemeinde Wien übernimmt für ein beim Kreditverein der Zentralsparkasse aufzunehmendes Darlehen von 20.000 Schilling auf die Dauer von zehn Jahren die Haftung."

Der Antrag wird mit dieser vom Stadtrat Kokrda vorgeschlagenen Aenderung beschliessen.

GR. Ettsch berichtet über einen Grundtausch zwischen der Gemeinde

Wien und der Firma Brüder Deutsch in der Brigittenau am Engelsplatz.  
Der Grund der Firma Deutsch ist 3507 Quadratmeter gross. Ihn tauscht die Gemeinde gegen einen 4225 Quadratmeter grossen Grund ein. Für die Uebersiedlung von den von der Firma abzutretenden Liegenschaften leistet die Gemeinde Wien der Firma einen Entschädigungsbeitrag von 90.000 Schilling.

GR. Schelz (E.L.) bezeichnet den Grundtausch als Musterbeispiel für die schlechte Bodenpolitik der Gemeinde.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

GR. Bermann ersucht um Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und der Bilanz für das Jahr 1928 der städtischen Versicherungsanstalt. Die Anstalt besteht nun schon 30 Jahre. Aus Anlass dieser Bestandfeier wurden für die Angestellten einige Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen. Als äusseres Zeichen der Feier wurde der Tuchlaubenbrunnen gestiftet. Die gesamte Prämien- und Gebühreneinnahme betrug im Berichtsjahr 12'20 Millionen Schilling gegenüber 8'64 Millionen Schilling im Jahre 1927. Der Bestand an Wertpapieren hat sich von 2'43 Millionen Schilling im Jahre 1927 auf 9'03 Millionen Schilling im Jahre 1928 erhöht. In der Lebensversicherung wurden 10.486 Polizzen über ein Kapital von 30'43 Millionen Schilling aufgestellt. Ende 1928 wies die Kapitalsversicherung einen Gesamtbestand von 33.102 Polizzen über ein Kapital von 74'40 Millionen Schilling auf. In der Sachschadenversicherung ist die Prämieinnahme von 5'21 Millionen Schilling auf 7'62 Millionen Schilling gestiegen. Das Berichtsjahr schliesst nach Totierung der Pensionsreserve mit einem Betrag von 381.170 Schilling, des Hilfsfonds für Aussenorgane mit 20.000 Schilling und nach Reservierung eines Betrages von 250.000 Schilling für einen zu schaffenden Hilfsfonds für Versicherte mit einem Überschuss von 179.538 Schilling, wovon 23.242 Schilling auf die Lebensversicherung und 156.296 Schilling auf die Schadenversicherung entfallen.

GR. Angermayer (E.L.) kritisiert, dass der Prozentsatz der Storni ein ausserordentlich hoher sei. Er glaubt, die Schuld daran den Aussenorganen beimessen zu können, die ungesunde Versicherungen abschliessen. Den Beamten der Anstalt gebührt für ihre rührige Arbeit vollster Dank. (Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort verweist der Referent, dass auch andere Versicherungsanstalten hohe Prozentsätze bei Storni aufweisen. Daran ist die ungünstige wirtschaftliche Lage schuld. Der Beamtenschaft der Anstalt und insbesondere dem Direktor Liebermann muss Dank und Anerkennung ausgesprochen werden.

Der Rechenschaftsbericht und Bilanz werden genehmigt.

Die Tagesordnung ist erschöpft und der Vorsitzende Gemeinderat Hofbauer schliesst um 19'30 Uhr die Sitzung.

-----